

ver.di NRW für:

Um – fair – teilung



**Daten und Fakten zur Verteilungssituation in der
Bundesrepublik Deutschland**

Eine Information der Abt. Wirtschafts- und Strukturpolitik
ver.di Landesbezirk NRW
März 2003

<u>Übersicht</u>	<u>Seite</u>
• Auf einen Blick	2
• Deutschland - ein reiches Land	3
• Einkommensverteilung	6
• Personelle Einkommensverteilung	6
• Funktionelle Einkommensverteilung	7
• Tarifverdienste der ArbeitnehmerInnen	7
• Unternehmens- und Vermögenseinkommen	8
• Armut in Deutschland	11
• Vermögensverteilung	12
• Der Klub der Milliardäre	14
• Umverteilung durch Steuerpolitik	16
• Verzicht auf Vermögensteuer	20
• Kürzungen bei den Schwächsten	21
• Deutschland – eine Steueroase	22
• Privater Reichtum – öffentliche Armut	22
• ver.di NRW für Um <i>fair</i> teilung	23
• Literaturtipps	30

Zu dieser Broschüre:

Die Verteilungsfrage ist ein zentrales gesellschaftspolitisches Thema. Dabei geht es nicht nur um „Geld“. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen bedeutet immer auch die Zuteilung von Lebenschancen. Darüber hinaus geht es um Macht. Die Verfügung über große Einkommen und Vermögen begründet automatisch Macht- und Herrschaftsverhältnisse. ver.di NRW will mit dieser Broschüre Hintergrundinformationen über die Verteilung von Einkommen und Vermögen zur Verfügung stellen. Wir wollen damit einen Beitrag zur Diskussion um Verteilungsgerechtigkeit leisten.

Eine Information des ver.di Landesbezirks NRW, Abt. Wirtschafts- und Strukturpolitik

Verantwortlich: G. Keuchel, Redaktion J. Glaubitz, Manuskript H. Mößmer

Düsseldorf, März 2002

auf einen Blick

- Deutschland ist ein reiches Land.
- Doch dieser Reichtum ist sehr ungleich verteilt: eine kleine Schicht wird zusehends reicher - die unteren 20 Prozent werden immer mehr abgekoppelt.
- Die Kluft zwischen Arm und Reich wird von Jahr zu Jahr größer. Es gibt mehr Millionenäre, gleichzeitig steigt die Zahl derer, die am Existenzminimum leben müssen.
- Die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen hängen die Nettolöhne immer mehr ab. Die Lohnquote sinkt.
- Die Verteilung des Vermögens in Deutschland ist extrem ungleich. Die Steuerpolitik der letzten 20 Jahren hat den Trend zur Vermögenskonzentration verstärkt.
- Der private Reichtum entzieht sich immer mehr der Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Die Beschäftigten tragen den Löwenanteil der Steuern und Abgaben.
- Während Unternehmen, Großverdiener und Vermögende steuerlich entlastet werden, müssen die Schwächsten Kürzungen hinnehmen. Statt die Lasten in der Gesellschaft gerecht zu verteilen, soll die Armut unter den Armen verteilt werden.
- **Die, die viel haben, werden entlastet – die, die wenig haben, werden zur Kasse gebeten!**
- Ver.di NRW tritt ein für eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Wir wollen das Thema *Umfairteilung* wieder stärker in den Mittelpunkt stellen.

1. Deutschland - ein reiches Land

Die Bundesrepublik Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt - rein rechnerisch zumindest. Jeder der rd. 44 Mio. Haushalte hat ca. 75.000 Euro in Cash und rd. 190.000 Euro in Sach- und Anlagewerten - rein rechnerisch, versteht sich! Doch Durchschnittszahlen täuschen. Es gibt eine zunehmende Schieflage, die Kluft zwischen Arm und Reich nimmt zu. Es gibt immer mehr Millionäre – gleichzeitig aber auch immer mehr Arme. Über sieben Millionen Frauen und Männer leben von weniger als der Hälfte der Durchschnittseinkommens, drei Millionen leben von Sozialhilfe. Auch Beschäftigung schützt nicht mehr vor Armut.

Vermögens-Statistik

Reichtum beansprucht und „genießt“ in Deutschland immer noch „Intimschutz“. Das Statistische Bundesamt beschränkt sich auf die Erhebung von Stichproben, die nur alle fünf Jahre durchgeführt werden. Diese Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) wurde zuletzt in 1998 durchgeführt. Sie gibt gewisse Anhaltspunkte über die Verteilung des Reichtums in Deutschland. Weitere Informationen liefert der Armutsbericht der Bundesregierung. Angaben über das Geldvermögen macht die Bundesbank in ihren Monatsberichten.

Das Bruttovermögen aller privaten Haushalte in Deutschland beträgt nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) 9,3 Billionen Euro.

9.300.000.000.000

Dieses Vermögen teilt sich in Geld-, Immobilien-, Betriebs- und Gebrauchsvermögen.

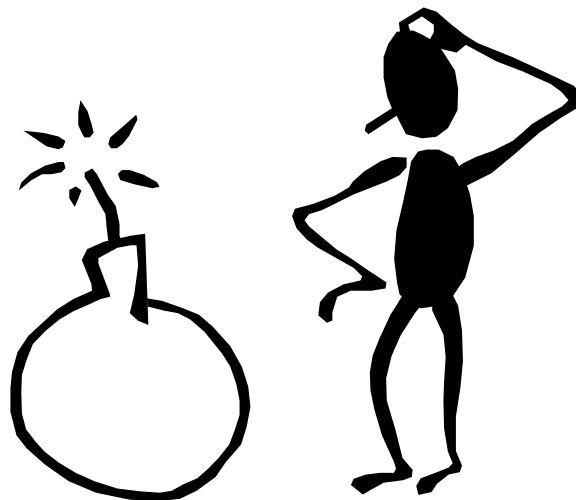
Immobilienvermögen	3.900.000.000.000 Euro
Geldvermögen	3.800.000.000.000 Euro
Betriebsvermögen	700.000.000.000 Euro
Gebrauchsvermögen	900.000.000.000 Euro

Quelle: DIW, 2002.

Dieses Riesenvermögen ist sehr ungleich verteilt:

- Ein kleiner Teil der Bevölkerung lebt in unermesslichen Reichtum und an einem Großteil der Bevölkerung geht der Zuwachs des Reichtums schlicht vorbei.
- Ein wachsender Anteil der Bevölkerung lebt sogar in bitterer Armut.

„OBEN“	„UNTEN“
<ul style="list-style-type: none">➤ Die Zahl der Millionäre in Deutschland steigt.➤ 730.000 deutsche Haushalte verfügen über ein Finanzvermögen von mehr als eine Million Euro.➤ 3.700 Personen haben ein Geldvermögen von jeweils mehr als 30 Millionen Euro.➤ Die reichsten 0,5 Prozent der Deutschen besitzen ein Viertel des gesamten Geldvermögens.	<ul style="list-style-type: none">➤ 2,8 Millionen Haushalte sind überschuldet.➤ Die Zahl derer, die am Existenzminimum leben steigt.➤ Die Zahl der Sozialhilfeempfänger steigt.



Reicher Mann und armer Mann
standen da und sah'n sich an.
Und der arme sagte bleich:
Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich.
Bertolt Brecht

Der *Armuts- und Reichtumsbericht* der Bundesregierung kommt zu dem Ergebnis: die meistverdienenden 10 Prozent der Haushalte halten über ein Drittel des Gesamtvermögens, während die unteren 20 Prozent zusammengenommen einen negativen Besitz haben, also verschuldet sind. Schon diese wenigen Daten machen deutlich:



- **Wir leben in einer gespaltenen Gesellschaft. Während ein Zehntel zusehends reicher wird, werden die unteren 20 Prozent immer mehr abgekoppelt.**
- **Die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer. Es gibt mehr Millionäre, gleichzeitig steigt die Zahl derer, die am Existenzminimum leben müssen.**



Einkommen und Vermögen (Definition)

Das **Einkommen** ist eine Stromgröße; unter Vermögen versteht man einen Bestand an Gütern, die in der Verfügungsmacht einer Person stehen. **Vermögen** ist demnach die Gesamtheit der Güter, die nicht laufend verbraucht, sondern über einen bestimmten Zeitraum gebraucht werden. Die wichtigsten Vermögensarten sind Immobilien-, Geld-, Betriebs- und Gebrauchsvermögen.

Einkommen kann aus Arbeit, Unternehmertätigkeit oder Vermögen entstehen. Entsprechend wird bei der Entstehung der Einkommen unterschieden nach:

- ◆ Einkommen aus abhängiger Arbeit (Löhne und Gehälter)
- ◆ Einkommen aus Vermögensbesitz (Zinsen, Pachten, Dividenden, Mieten usw.)
- ◆ Einkommen aus Unternehmertätigkeit (Gewinn).

Bei der **Einkommensverteilung** wiederum wird unterschieden in die personelle und die funktionelle Einkommensverteilung.

Geldvermögen/ Definition

Spareinlagen, Anlagen bei Versicherungen, festverzinsliche Wertpapiere, Investmentzertifikate, Bargeld, Sichteinlagen, Aktien, Termingelder, Pensionszusagen, Anlagen bei Bausparkassen, Geldmarktpapiere

2. Einkommensverteilung

Die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre hatte erhebliche Auswirkungen auf die Verteilungsverhältnisse in Deutschland. Dies zeigt sich sowohl bei der personellen, wie auch bei der funktionellen Einkommensverteilung.

2.1. Personelle Einkommensverteilung

Bei der personellen Einkommensverteilung wird die Aufteilung des Volkseinkommens auf die einzelnen Gruppen von Einkommensbeziehern (ohne Rücksicht auf die Quelle des Einkommens) ausgewiesen. Im Jahre 2000 ergab sich danach folgendes Bild:

Netto-Jahreseinkommen (pro Haushalt) im Jahre 2000

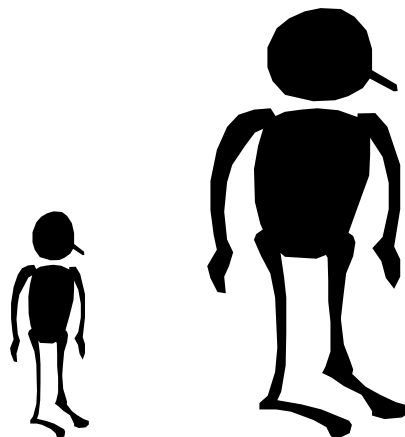
Haushalte von...	Netto-Jahreseinkommen (Euro)
Selbstständigen	88.450
Beamten	39.110
Angestellten	35.280
Arbeitern	28.840
Rentnern	20.710
Arbeitslosen	18.660
Sozialhilfeempfängern	13.340

Quelle: Statistisches Bundesamt (01/02)

Zwischen den verschiedenen Einkommensbeziehern gibt es deutliche Unterschiede:

- So haben die Familien der Selbstständigen ein dreimal so hohes Jahreseinkommen wie die Durchschnittsfamilien.

Über die wahren Verteilungsverhältnisse sagen diese Durchschnittszahlen aber noch sehr wenig aus. Berücksichtigt werden muss, dass z.B. die Gruppe der „Selbstständigen“ von Kleingewerbetreibenden mit unterdurchschnittlichen Einkommen bis hin zu Anwälten, Ärzten und Eigentümern von Groß- und Mittelbetrieben mit Spitzeneinkommen reicht. Vorsicht also mit Durchschnittszahlen!

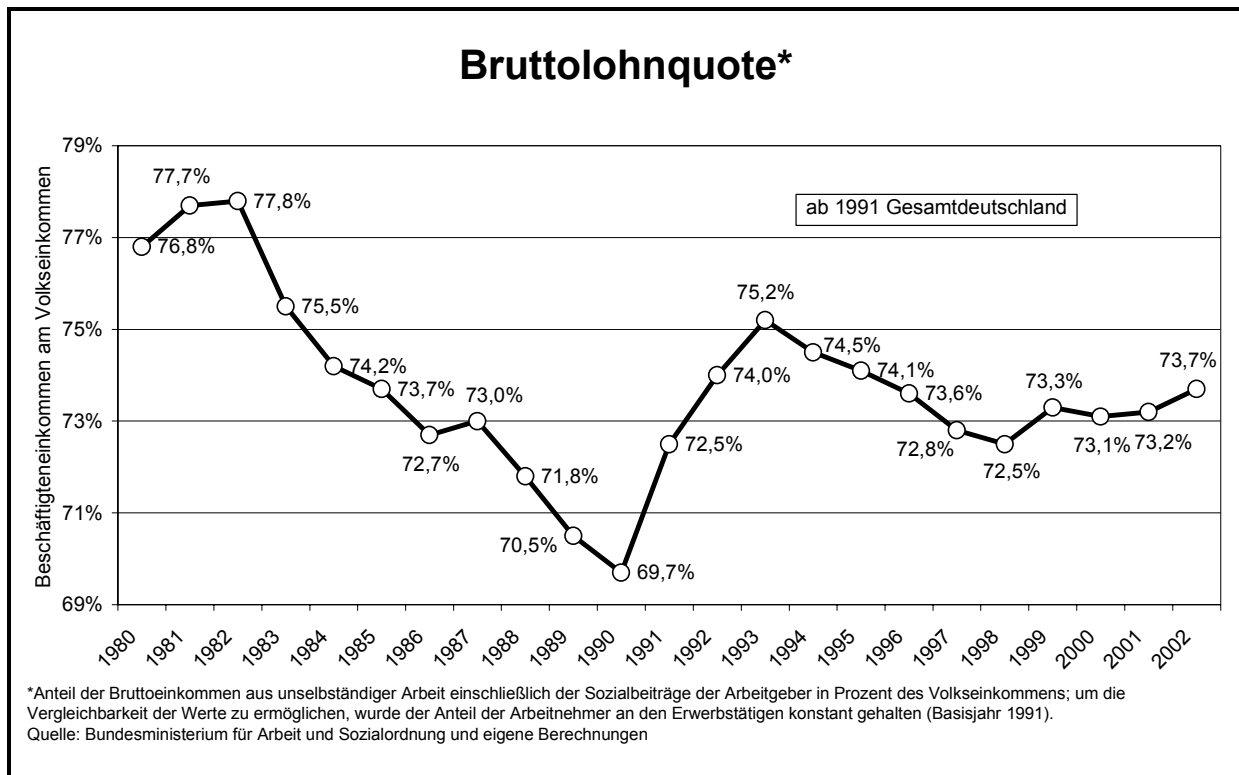


2.2. Funktionelle Einkommensverteilung

Als funktionelle Einkommensverteilung wird die Aufteilung des Volkseinkommens auf die so genannten Produktionsfaktoren „Arbeit“ und „Kapital“ verstanden. In den letzten Jahren hat sich diese Verteilung zu Ungunsten des Faktors Arbeit entwickelt, die Gewinn- und Vermögenseinkommen sind wesentlich stärker gestiegen als die Lohneinkommen:

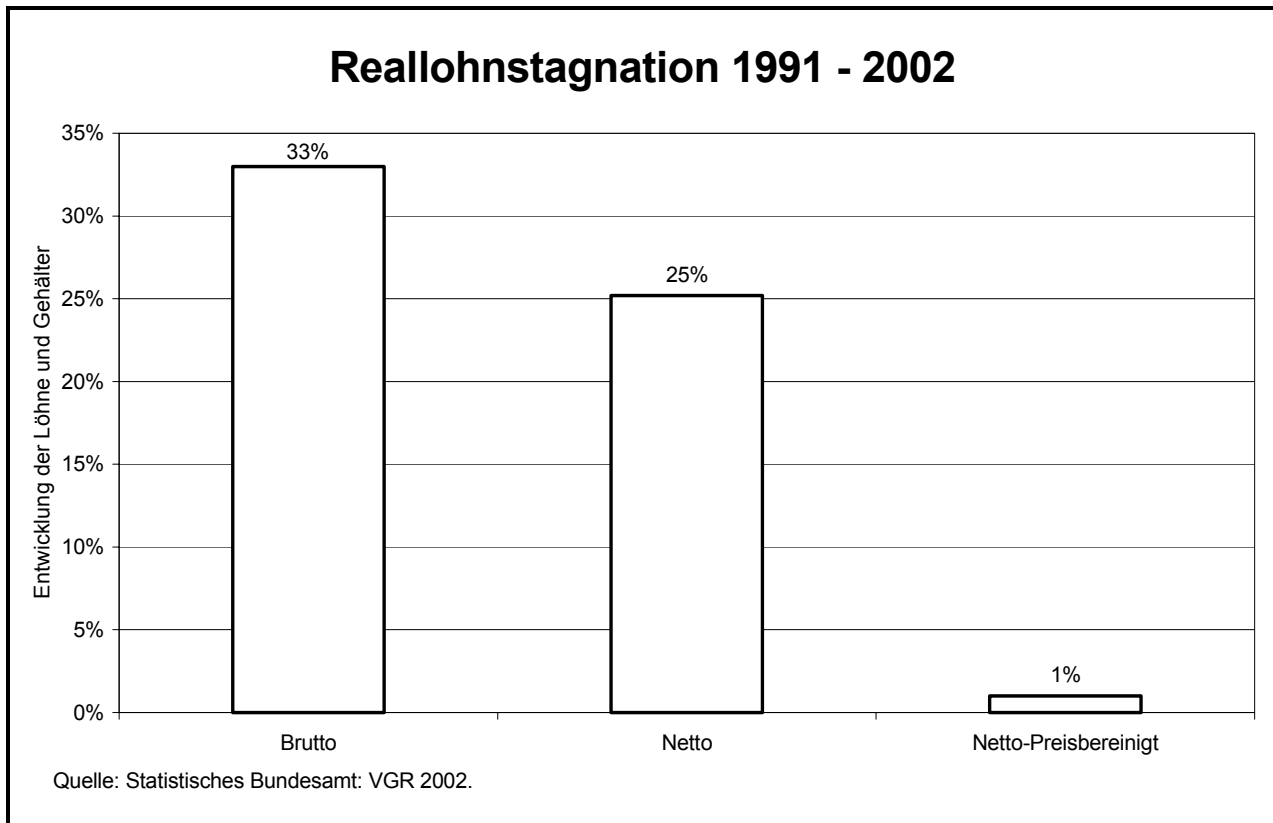
- die strukturbereinigte **Bruttolohnquote** (diese misst den Anteil der Bruttolohn- und der Bruttogehaltseinkommen am Volkseinkommen) ist seit 1994 von **75,2% auf 73,7% gesunken**.
- die **Nettolohnquote** (hier werden die Effekte durch die Veränderungen durch Steuerbelastungen und Sozialabgaben in die Rechnung einbezogen) ist seit 1991 rückläufig. Sie ist von **41,2% auf 38,1% gefallen**.

Quelle: ver.di Bundesvorstand/ Wirtschaftspolitische Informationen 02/03



2.2.1. Tarifverdienste der ArbeitnehmerInnen

Die monatlichen Bruttolöhne und –gehälter der Beschäftigten sind seit 1991 brutto um insgesamt 33 Prozent gestiegen. Netto – nach Abzug der Steuern und Abgaben - blieb noch ein Plus von 25 Prozent. Da aber die Preise im gleichen Zeitraum um rd. 24 Prozent gestiegen sind, hat sich der Lebensstandard der Beschäftigten kaum erhöht: Unter den Strich bleibt gerade einmal 1 Prozent.



Wie sich die Entwicklung seit 1994 im Einzelnen darstellt, zeigen die beiden folgenden Tabellen.

Tarifeinkommen der Arbeitnehmer (Veränderung in % seit 1994)

Jahr	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Brutto	2,9	4,6	2,4	1,5	1,8	3,0	2,4	2,1
Netto	0,2	0,8	-0,1	-1,2	1,2	1,8	2,2	3,2
Real	-2,4	-0,9	-1,5	-3,0	0,2	1,2	0,3	0,7

Quelle: WSI-Tarifarchiv

brutto = Erhöhung der Tarifeinkommen gegenüber Vorjahr, netto = nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben, real = nach Abrechnung des Preisanstiegs

2.2.2. Unternehmens- und Vermögenseinkommen

Anders sieht es bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen aus. Diese sind brutto seit 1994 um insgesamt knapp 23 Prozent gestiegen. Netto waren es sogar 35 Prozent! Nach Abzug der Preissteigerungsrate verblieb immerhin noch ein reales Plus von über 21 Prozent.

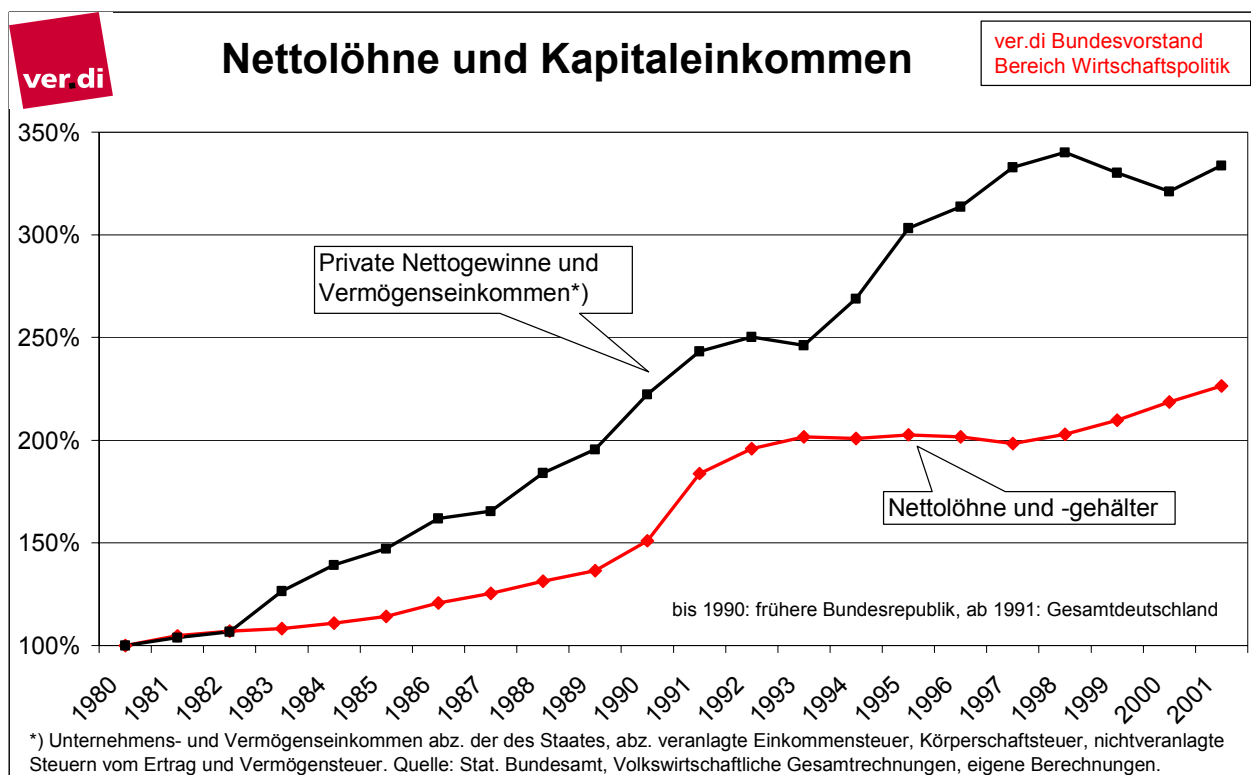
Unternehmens- und Vermögenseinkommen (Veränderung in % seit 1994)

Jahr	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Brutto	7,4	6,1	3,9	5,0	4,1	-1,4	2,6	1,2
Netto	3,8	17,1	3,6	6,4	2,2	-4,4	-0,6	7,4

Quelle: Statistisches Taschenbuch 2002 des BMA, Berlin 2002

Noch günstiger sieht es in der „Championsleague“ des Kapitals aus:

- Die Vorstände der 30 größten börsennotierten Unternehmen (DAX) haben im Jahr 2000 durchschnittlich pro Kopf 1,645 Mio. Euro „verdient“. Zwischen 1998 und 2000 haben sich die Gehälter dieser Vorstände um sagenhafte 64 Prozent erhöht.
Handelsblatt vom 06.03 2002.
- Im Jahr 2001 verringerten sich die Gehälter der DAX-Vorstände um rd. 17 Prozent. Dies ist aber angesichts der horrenden Steigerungen der Vorjahre durchaus „verkräftbar“. Experten weisen darauf hin, dass die Managergehälter in Deutschland „immer noch sehr hoch seien.“ So muss sich nun ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bank mit 6,615 Millionen Euro (statt bisher 7,946 Mio.) begnügen...
Handelsblatt vom 22./23.11.2002



„OBEN“	„UNTEN“
<ul style="list-style-type: none">➤ Die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen hängen die Nettolöhne immer mehr ab.➤ Die Vorstände der DAX-Unternehmen haben ihre Einkommen seit 2000 um fast 50 Prozent erhöht.	<ul style="list-style-type: none">➤ Bei der Einkommensentwicklung werden die ArbeitnehmerInnen gegenüber anderen Gruppen benachteiligt.➤ Die Kaufkraft der Arbeitnehmer ist gesunken.
<ul style="list-style-type: none">• Die Einkommensverteilung hat sich in den letzten Jahren deutlich zu Ungunsten der ArbeitnehmerInnen verändert.	



2.2.3. Armut in Deutschland

Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau haben auch in Deutschland eine neue Armut hervorgebracht. Mit der Vorlage des *Ersten Armuts- und Reichtumsberichts* der Bundesregierung im Mai 2001 wurden erstmals detaillierte und umfangreiche Daten über die Lebenslagen der Bevölkerung veröffentlicht. Das DIW hat vor kurzem weitere aktuelle Daten veröffentlicht:

DATEN & FAKTEN

- Als arm gilt nach einer offiziellen Definition der EU, wer über ein Nettoeinkommen von weniger als 50% des durchschnittlichen Einkommens eines Landes verfügt.
- Der Anteil der Armen in Deutschland ist seit 1992 von 10,5 auf 13 Prozent gestiegen.
- Der Anteil der Armen in Westdeutschland ist mit 14,4 Prozent fast doppelt so hoch wie in Ostdeutschland. Wird für Ostdeutschland dagegen das Durchschnittseinkommen in Gesamtdeutschland zu Grunde gelegt, steigt der Anteil der Armen mit 13,2 Prozent fast auf Westniveau.
- Einkommensarmut geht oft einher mit Wohnraumnot, Arbeitslosigkeit und mangelnder beruflicher Qualifikation.
- Arbeitslosigkeit ist das Hauptrisiko für Armut. Die Armenquote in den Arbeitslosenhaushalten ist mehr als dreimal so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.
- Aber auch Arbeit schützt nicht (mehr) vor Armut. Ursachen dafür sind u.a. Dumpinglöhne, Leiharbeit, Minijobs und tariflose Zonen. Mehr als 10% der Vollbeschäftigten gehören heute zur Gruppe der „Armen“!

Wir sehen die Gefahr einer wachsenden **Altersarmut:**

- Im Jahr 2001 erhielten 20,0% aller Rentner eine Rente von weniger als 614 Euro.
- Im gleichen Jahr erhielten 47,7% aller Rentnerinnen eine Rente von weniger als 614 Euro!

Sozialhilfeempfänger 2001

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, erhielten am Jahresende 2001 in Deutschland rund 2,70 Mio. Personen in 1,42 Mio. Haushalten laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (= sog. „Sozialhilfe im engeren Sinne“), um ihren Grundbedarf vor allem an Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Heizung decken zu können (sog. „soziokulturelles Existenzminimum“). Allein in **NRW** waren dies **659.000 Menschen**. Am Jahresende 2001 gab es 0,8 % mehr Sozialhilfebezieher im engeren Sinne als Ende 2000.

Im einzelnen ergeben sich dabei für das Jahresende 2001 folgende Zusammenhänge:

- Kinder (unter 18 Jahren) gehören mit einer Sozialhilfequote von 6,4 % relativ häufiger zu den Sozialhilfeempfängern als ältere Menschen (65 Jahre und älter), deren Quote 1,4 % beträgt.
- Frauen beanspruchen mit einer Quote von 3,6 % häufiger Sozialhilfe als Männer
- Ausländer haben mit 8,3 % eine deutlich höhere Sozialhilfequote als Deutsche (2,8 %).

1,63 Millionen Sozialhilfeempfänger (60,5 % aller Hilfebezieher) waren im erwerbsfähigen Alter, also zwischen 15 und 64 Jahre alt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung 21.08.2002



- **Die Armut in Deutschland wächst. Betroffen sind in erster Linie Arbeitslose. Arm sind viele Familien, die mehrere Kinder zu versorgen haben. Die Altersarmut nimmt zu. Insbesondere Frauen sind betroffen. Große Sorgen bereitet die Tatsache, dass die Armut auch bei den Beschäftigten steigt.**

3. Vermögensverteilung

Die Verteilung des Vermögens in Deutschland ist extrem ungleich. Die meisten Deutschen können nur auf kleine Vermögen zurückgreifen. Der Reichtum ist auf wenige konzentriert.

- Die oberen **zehn Prozent** der Haushalte verfügen über ein durchschnittliches Vermögen von rd. 300.000 Euro.
- Die unteren **fünfzig Prozent** aller Haushalte verfügen über ein Vermögen von durchschnittlich 40.000 Euro.
- Das **untere Viertel** aller Haushalte verfügt über ein Vermögen von höchstens 7.500 Euro.

Quelle: Prognos AG, 2002

Die tatsächlichen Vermögensverhältnisse zeigen sich erst, wenn wir genauer hinschauen. Das **Geldvermögen** beträgt 3,8 Billionen Euro, oder anders ausgedrückt:

Dreitausendachthundert Milliarden Euro

3.800.000.000.000 Euro.

Ein Löwenanteil dieses Vermögens verteilt sich auf eine kleine Schicht – und zwar mit zunehmender Geschwindigkeit. Die reichsten 10 Prozent der Haushalte verfügen heute über schon mehr als 50 Prozent des gesamten Geldvermögens. 1993 waren es „nur“ 46 Prozent.

DATEN & FAKTEN

- **365.000** Personen in Deutschland haben ein Geldvermögen von jeweils **1 Mio. Euro**.
- **3.700** Personen verfügen über jeweils mehr als **30 Mio. Euro** (zusammen sind das 612 Mrd. Euro).
- **100** Personen verfügen über jeweils mehr als **1 Mrd. Euro** (zusammen sind das über 250 Mrd. Euro).
- Die **10** Reichsten verfügen über ein Vermögen von insgesamt mehr als **72 Mrd. Euro**.

Die Erben

Jeder Dritte in der Riege der Superreichen hat sein Eigentum bzw. Vermögen geerbt. Reichtum wird in zunehmendem Maße auch durch den Verkauf von Familienunternehmen erzielt.

Das Vermögen durch Erb-Zufall wird steuerlich sehr unterschiedlich bewertet. Wer ein Familienhaus von 5 Mio. Euro erbt, zahlt erheblich weniger Steuern als der Erbe von Geldvermögen in der selben Höhe.

Derzeit läuft die größte Erbschaftswelle aller Zeiten. Das Erbschaftsvolumen in Deutschland in den Jahren 2001 bis 2010 beträgt **2.029 Milliarden Euro** (2,03 Billionen Euro). Es teilt sich folgendermaßen auf:

- | | |
|---------------------|-----------------------|
| • Immobilien | 949.000.000.000 Euro |
| • Geldvermögen | 874.000.000.000 Euro |
| • Gebrauchsvermögen | 206.000.000.000 Euro. |

Quelle: Handelsblatt vom 08.11.2002.

Der Klub der Milliardäre

Das *Manager-Magazin* veröffentlicht seit 2001 *Die reichsten 100 Deutschen*. Bei diesen Vermögensangaben handelt es sich um Schätzungen. Als Vermögen im Sinne des Rankings gelten Grund- und Immobilienbesitz, Aktienvermögen, Firmenbeteiligungen, Kunstsammlungen und Stiftungsvermögen, soweit es sich nicht ausdrücklich um gemeinnützige Stiftungen handelt. Privates Vermögen wurde grundsätzlich nach konservativer Methodik bewertet, Aktienvermögen nach den Kursen vom 15. Januar 2002.

Die 10 reichsten Deutschen (2002)

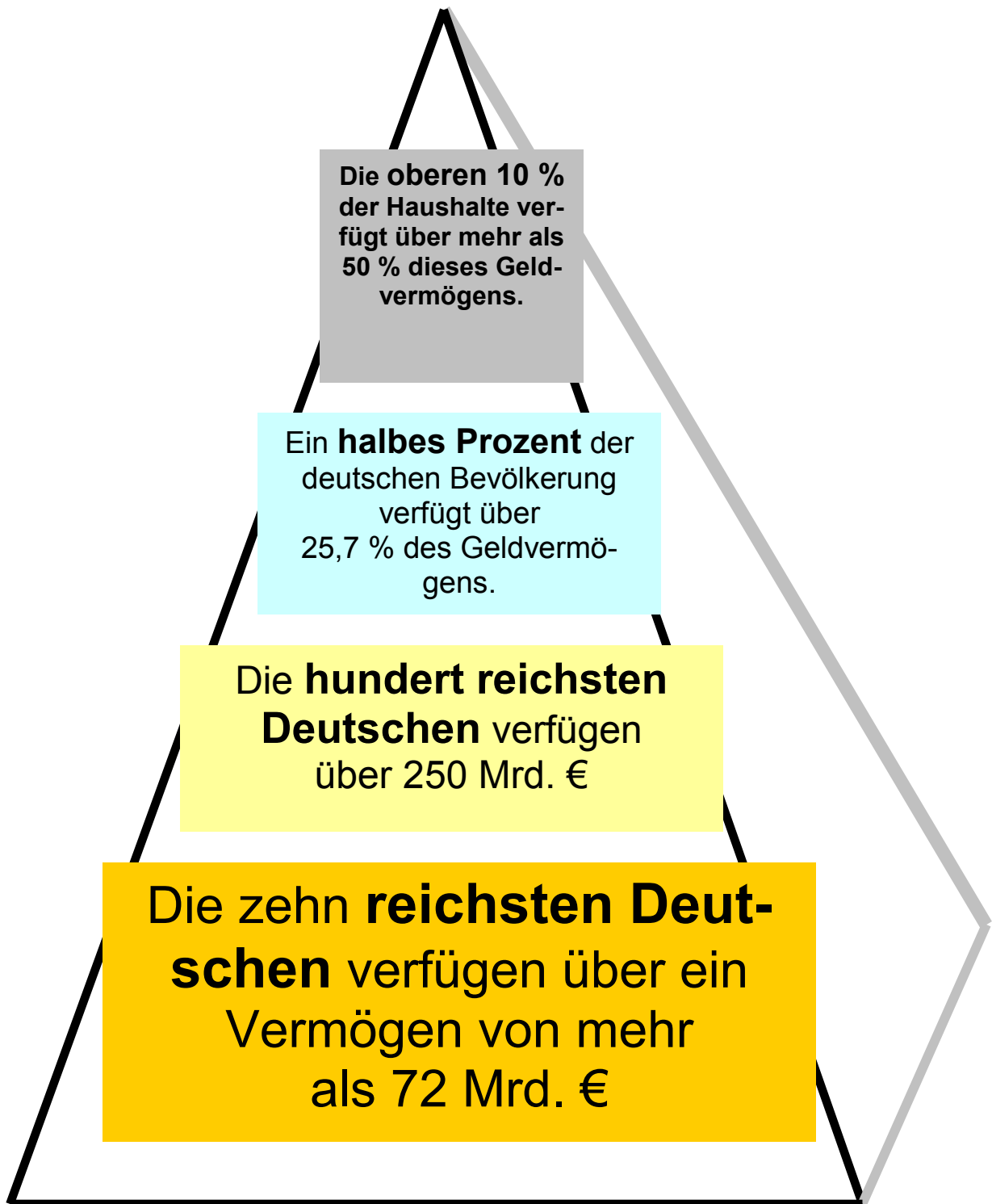
Rang	Name	Unternehmen	Vermögen in Mrd. Euro
1	Theo Albrecht	Aldi Nord	14,6 Mrd.
2	Karl Albrecht	Aldi Süd	12,6 Mrd.
3	Susanne Klatten	Altana (Pharma), BMW	7,5 Mrd.
4	Werner Otto	Otto Versand, ECE	6,6 Mrd.
5	Reinhard Mohn	Bertelsmann	5,7 Mrd.
6	Fam. von Holtzbrinck	Verlagsgruppe Holtzbrinck	5,6 Mrd.
7	Friedrich Karl Flick	Aktien, Immobilien	5,4 Mrd.
8	Anonymus*)	Anonymus	5,1 Mrd.
9	C.G. Engelhorn	vorm. Boehringer	4,7 Mrd.
10	Hasso Plattner	SAP-Mitbegründer	4,7 Mrd.

Quelle: Manager-Magazin/ Stand: Januar 2002/ *) Name nicht bekannt

Siehe dazu:

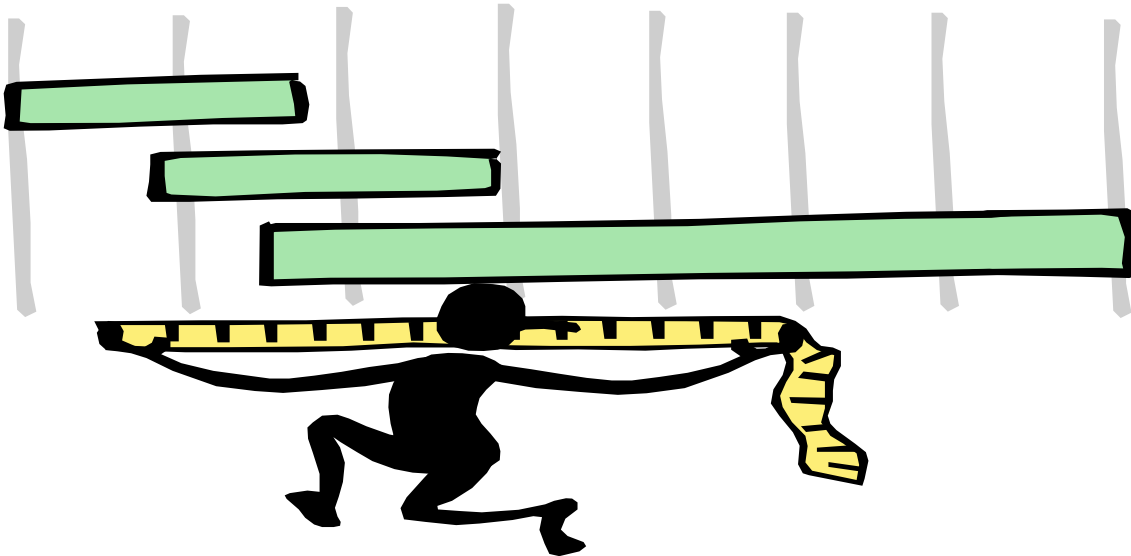
www.manager-magazin.de/koepfe/reichste/?SN.

Die Pyramide der Superreichen





- **Gibt es bei der Einkommensverteilung schon große Unterschiede, so ist die Verteilung des Vermögens in Deutschland extrem ungleich. Unterschiedliche Ausgangsbedingungen (Eigentum) haben im Laufe der Jahre den Reichtum in der Spitze immer mehr konzentriert. Darüber hinaus hat die Steuerpolitik diesen Prozess noch gefördert.**



4. Umverteilung durch Steuerpolitik

Die Steuerpolitik der letzten zwanzig Jahre hat maßgeblich mit dazu beigetragen, dass sich die Verteilung von Einkommen und Vermögen weiter zu Gunsten der Reichen entwickelt hat. Entscheidende Weichenstellungen dazu wurden während der Kohl-Regierung gestellt; Rot-Grün hat diesen Trend aber nicht wirklich gestoppt; in den letzten Jahren hat sie ihn sogar noch gefördert...

Daten und Fakten:

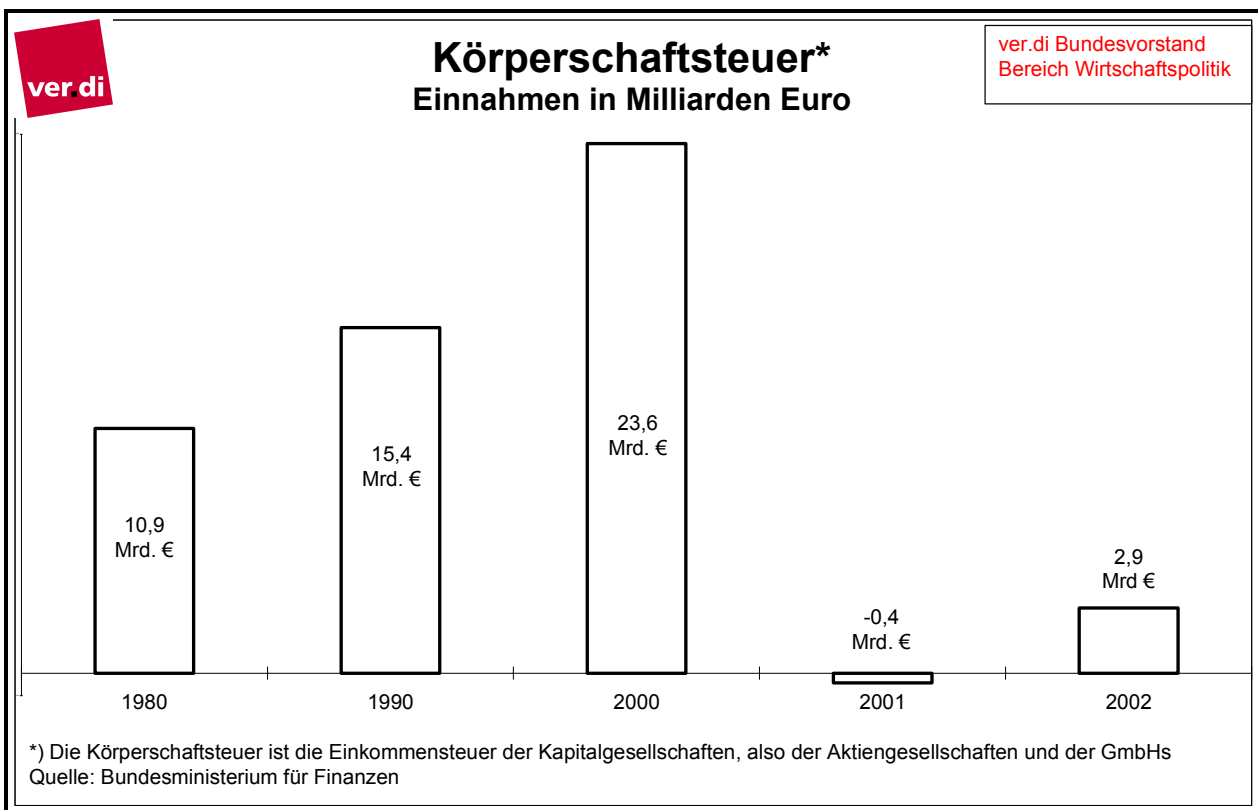
- Unternehmen, Besserverdienende und Vermögende konnten sich in den letzten Jahren immer weiter aus der solidarischen Finanzierung des Gemeinwesens zurückziehen. Seit 1997 hat der Staat auf mindestens 50 Mrd. € Einnahmen allein aus der **Vermögensteuer** verzichtet (diese wurde 1996 eingestellt).
- In den Jahren 2001 und 2002 kommt noch einmal ein „Verzicht“ von rd. 25 Mrd. € Körperschaftsteuer hinzu.
- die Unternehmenssteuern haben sich in den beiden letzten Jahren folgendermaßen entwickelt:

Entwicklung einzelner Steuern (Einnahmen in Mrd. Euro)

	2000	2001	2002
Körperschaftssteuer	23,6	-0,4	2,9
Kapitalertragssteuer	13,5	20,9	14,0
Gewerbsteuer	27,0	24,5	22,7*
Summe	64,1	45,0	39,6

Quelle: Bundesfinanzministerium/ *=Steuerschätzung 21-02/ eigene Ber.

Die Finanzkrise des Staates ist nicht die Folge zu hoher Ausgaben, sondern vorrangig durch Einnahmeausfälle verursacht. Ohne diese weitgehend selbst verschuldeten Steuer- ausfälle hätte es noch Spielraum für Mehrausgaben im zweistelligen **Milliardenbereich** gegeben! Mit einer Vermögensteuer und einer wirksamen Körperschaftssteuer gäbe es derzeit keine Haushaltsprobleme.

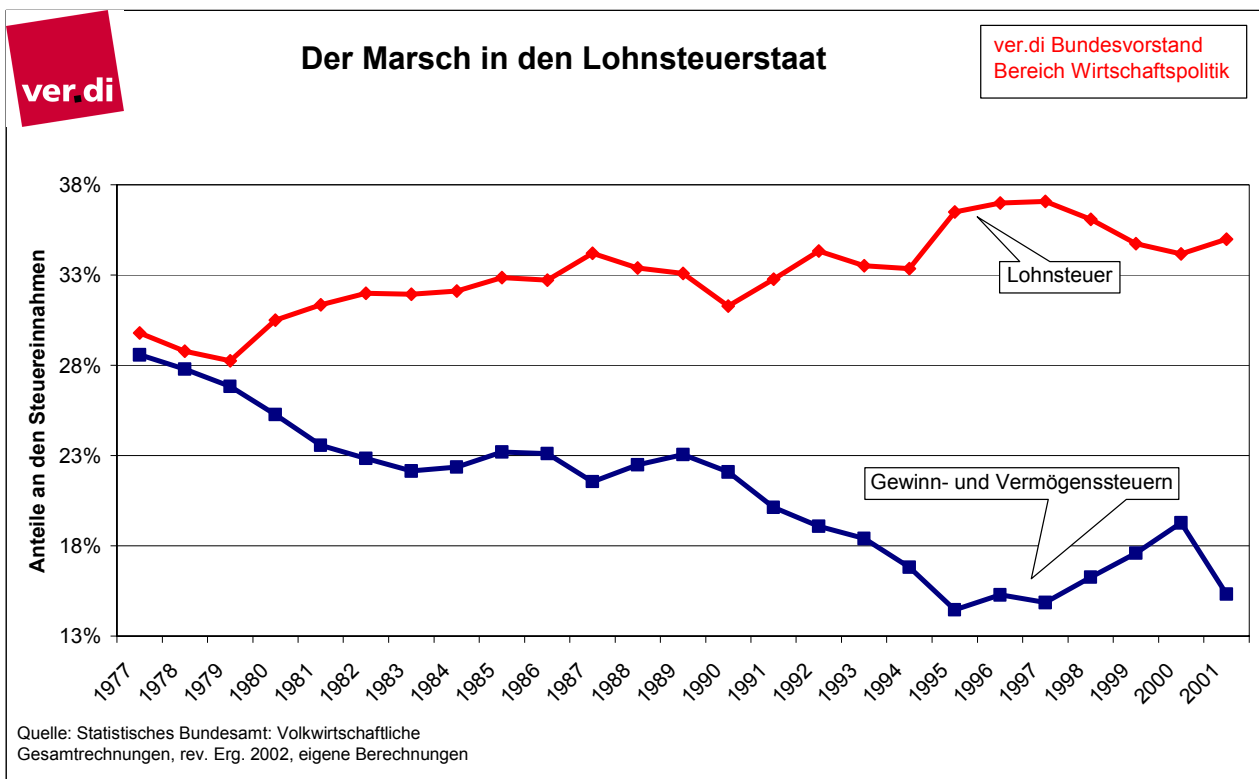


Schiefelage

Im gleichen Maße, wie die Vermögenden und die Großunternehmen entlastet wurden, werden die Beschäftigten stärker zur Kasse gebeten. Deutschland ist auf dem Marsch in den „Lohnsteuerstaat“. Ende der 70er Jahre wurden die staatlichen Leistungen noch gleichermaßen von Beschäftigten und den Gewinnbeziehern mit jeweils rd. **30 Prozent** finanziert.

- 2001 zahlten die Beschäftigten rd. **35** Prozent aller Steuern;
- die Unternehmen und die Reichen nur noch **15** Prozent.

Erst 16 Jahre unternehmerfreundliche Steuerpolitik der Kohl-Regierung, dann die rot-grüne Steuerreform haben den Reichtum der Reichen gemehrt. Das hindert diese aber nicht daran, über die angeblich „unerträglichen Lasten“ zu jammern. Die Unternehmer und ihre Verbände haben eine regelrechte Steuerhysterie geschürt. Horrorszenarien werden an die Wand gemalt: die „Eliten“ verlassen das Land, Kapitalflucht in unbekanntem Ausmaß, Deutschland droht der Untergang usw. usf. Die ihnen nahestehenden Medien blasen eifrig in das gleiche Horn.



Und das wider besseres Wissen. Denn wie allgemein bekannt ist:

- sind die deutschen Unternehmen außerordentlich konkurrenzfähig (größtes Handelsbilanzsaldo aller Zeiten in 2002)
- war die Steuerlastquote noch nie so niedrig wie heute
- haben die Großunternehmen noch nie so wenig Steuern gezahlt wie jetzt.

Was die Unternehmer und ihre Verbündeten derzeit veranstalten ist ein groß angelegtes Ablenkungsmanöver. Sie lenken ab von den wahren Verhältnissen in diesem Lande und versuchen, Arbeitnehmer und Gewerkschaften zu schwächen. Paradox dabei ist: Was die Großunternehmen weniger an Steuern zahlen, sollen die Schwächsten der Gesellschaft

durch Kürzungen zusammenkratzen!. Die Arbeitslosenhilfeempfänger werden für die Steuergeschenke (u.a. bei der Körperschaftssteuer) zur Kasse gebeten.

Bei Lichte betrachtet ist Deutschland heute ein Steuerparadies für (Groß-)Unternehmen und Vermögende. Ihre Interesservertreter schaffen es aber, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Jammern auf höchstem Niveau, lautet ihr Wahlspruch.

OBEN	UNTEN
<ul style="list-style-type: none">• Entlastungen für Unternehmen und Vermögende• die Besserverdienenden und Vermögenden konnten sich weiter aus der solidarischen Finanzierung des Gemeinwesens zurückziehen	<ul style="list-style-type: none">• steigende Belastungen für die Beschäftigten• die ArbeitnehmerInnen tragen den Löwenanteil an Sozialabgaben.
<p>„Wer da hat, dem wird gegeben, dass er die Fülle habe.“ Nach diesem Bibelspruch wird derzeit verfahren</p>	

Das WSI kommt zu dem Schluss:

„Die Arbeitseinkommen finanzieren den Kern des Sozialstaates fast allein; nicht zuletzt weil die öffentliche Umverteilung die Gewinn- und Kapitaleinkommen netto begünstigt.“

WSI-Mitteilungen 11/2002, S. 629



- Je weniger Steuern auf Kapitaleinkommen gezahlt werden, desto mehr Steuern werden von dem Arbeitseinkommen abgezogen. Gleichzeitig haben die Steuerentlastungen der Vergangenheit den Trend zur Konzentration des Geldvermögens verstärkt.
- Während die Einkommen der Beschäftigten im Verhältnis zu den Gewinneinkommen weiter zurückfallen, tragen die ArbeitnehmerInnen den Löwenanteil an Sozialabgaben. Der private Reichtum entzieht sich immer mehr der Finanzierung öffentlicher Ausgaben.

4.1. Verzicht auf Vermögensteuer...

Einen weiteren Schritt in Richtung Umverteilung von unten nach oben hat die Bundesregierung Ende 2002 vollzogen indem sie darauf verzichtete, die **Vermögensteuer** wieder einzuführen. Stattdessen soll die so genannte **Abgeltungssteuer** eingeführt werden. Diese Steuer ist keine Alternative zur Vermögensteuer. Im Gegenteil. Sie wird nicht mehr, sondern weniger Geld in die Kassen bringen. Durch die Abgeltungssteuer werden die Vermögenden entlastet, statt sie mehr in die Verantwortung zu nehmen. Die Erwartung, mit der Abgeltungssteuer Fluchtgelder zurückzuholen, ist eine vage Hoffnung, die nicht aufgehen wird. Statt Vermögen mit höheren Steuern zu belegen, werden die Millionäre durch die niedrigere Abgeltungssteuer sogar noch entlastet.

Abgeltungssteuer

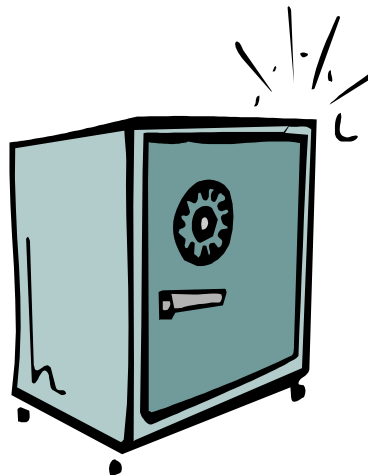
Bisher müssen Zinseinkommen im Rahmen der Einkommensbesteuerung - also mit maximal 48,5 Prozent - versteuert werden. Eine Abgeltungssteuer von 25 % bringt den Beziehern hoher Einkommen fast eine Halbierung ihrer Steuern auf Zinserträge. Sie bedeutet damit eine Abkehr von dem Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit und stellt damit einen gravierenden Verstoß gegen die soziale Gerechtigkeit dar.

Bisher gilt für Zinseinkünfte wie für andere Einkommen: je höher das Einkommen, desto höher die prozentuale Besteuerung. Eine pauschale Abgeltungssteuer würde die bisher gültige Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit aufheben. Sollten auch noch die Sparerfreibeträge aufgehoben werden, müsste der Kleinstsparer auf seine kleinen Zinseinkommen genauso 25 % Steuern zahlen, wie der Millionär. Der Steuersatz von 25 % ist für Hochverdienende zu niedrig, für Kleinverdiener dagegen zu hoch.

Hoffnungen der Bundesregierung:

Durch die Abgeltungssteuer kommen 100 Mrd. der 830 Mrd. Euro, die im Ausland zinstragend angelegt sind, nach Deutschland zurück...Dies wird aber mittlerweile von den meisten Experten bezweifelt. Stattdessen muss damit gerechnet werden, dass es zu weiteren Steuermindereinnahmen kommt. Durch die niedrigere Besteuerung kommt es gegenüber der jetzigen Zinsabschlagssteuer zu Mindereinnahmen von 3,5 bis 4,5 Mrd. Euro.

- **Statt 16 Mrd. Euro Mehreinnahmen durch die Vermögensteuer - 4 Mrd. Euro Mindereinnahmen - statt höherer Belastung hoher Einkommen - weitere Entlastung der hohen Einkommen und Belastung niedriger Einkommen.**



- „Die geplante Amnestie für Steuersünder bestraft alle, die brav ihre Steuern zahlen. Das ist ein fatales Signal in Sachen Ehrlichkeit.“ (Frank Bsirske)

4.2. Kürzungen bei den Schwächsten

Aber damit nicht genug: Während die Reichen und Superreichen steuerlich begünstigt werden, wird das Mini-Vermögen der **ArbeitslosenhilfeempfängerInnen** und deren PartnerInnen massiv angegriffen:

- Arbeitslosenhilfe erhält nur, wer „bedürftig“ ist. Das Arbeitsamt prüft, ob die/ der Arbeitslosenhilfeempfänger ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Dem rechnerischen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe werden die anderen Einnahmen und Vermögen gegenübergestellt und die Arbeitslosenhilfe ggf. gekürzt oder ganz versagt. Zum Vermögen zählen z.B. Bargeld, Sparguthaben, Wertpapiere, Grundstücke, Häuser oder Eigentumswohnungen.
- Bisher galt hier ein Mindestfreibetrag von 520 € für jedes vollendete Lebensjahr des Arbeitslosen und seines Ehegatten oder Partners. Dieser Grundfreibetrag wurde im Zuge der Umsetzung der Hartz-Gesetze auf 200 € für jedes Lebensjahr gesenkt.

Beispiel Arbeitslosenhilfe: Partnereinkommen

Das Existenzminimum liegt derzeit bei 602,92 €. Zumindest soviel Einkommen des Partners wurde bisher nicht auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet. Dieser Betrag wird künftig um 20% gekürzt (120, 58 €). Wenn der Partner erwerbstätig ist, kommt bisher ein zusätzlicher Freibetrag i.H.v. 25% des Existenzminimums (150,73 €) hinzu. Dieser Freibetrag wird gestrichen. D.h. wenn das Erwerbseinkommen des Partners gering ist, führt dies zu einer Kürzung der Arbeitslosenhilfe in Höhe von 271,31 €.

Beispiel Arbeitslosenhilfe: Vermögen

Freibeträge für anrechenbares Vermögen werden von 520 € pro Lebensjahr des Arbeitslosen und Partners auf 200 € gesenkt. Der Höchstbetrag sinkt von 33.800 € auf 13.000 € . Dabei zählt auch das Vermögen zur Alterssicherung. Maximal bleibt bei Paaren ein Vermögen von 26.000 Euro anrechnungsfrei.

In der öffentlichen Diskussion spielt die angeblich steigende Belastung der Reichen eine Rolle, über die Situation der Arbeitslosen wird kaum ein Wort verloren. Aber gerade sie sind es, die jetzt den „Gürtel enger schnallen“ müssen. Es trifft vor allem diejenigen Arbeitslosen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind - immerhin sind das rd. 1,7 Millionen Menschen! Durch die Anrechnung von Partnereinkommen und Vermögen werden allein in 2002 2,8 Mrd. Euro und in den folgenden Jahren jeweils 3,3 Mrd. Euro eingespart.

- „Es trifft kurioserweise gerade diejenigen besonders hart, die ohnehin nur geringe Einkünfte knapp oberhalb der Sozialhilfe haben.“ (J. Steffen, Arbeitnehmerkammer Bremen)



- **Die Armut soll unter den Armen umverteilt werden!**
- **Der Verzicht auf die Vermögensteuer und die gleichzeitige Schröpfung der ArbeitslosenhilfeempfängerInnen offenbaren ein sonderbares Verständnis von sozialer Gerechtigkeit!**
- **Unternehmen und Reichen übernehmen weniger gesellschaftliche Verantwortung als sie könnten und müssten.**

4.3. Deutschland - eine Steueroase!

Viele Unternehmen können ihre Gewinne klein- oder wegrechnen. Zum Beispiel indem sie Verluste absetzen, die in anderen Jahren oder bei Tochterunternehmen angefallen sind. Eine Folge: Die Konzerne und Unternehmen bekamen 2001 über 400 Millionen Euro an Körperschaftssteuer erstattet. Verglichen mit den Einnahmen des Jahres 2000 ist dadurch in den letzten beiden Jahren ein riesiges Finanzloch entstanden. Finanzämter wurden zu Auszahlungsstellen für Konzernsubventionen. In den Bilanzen ist der Gewinn nach Steuern höher als davor. **Das kann nicht der Sinn von Steuern sein.**

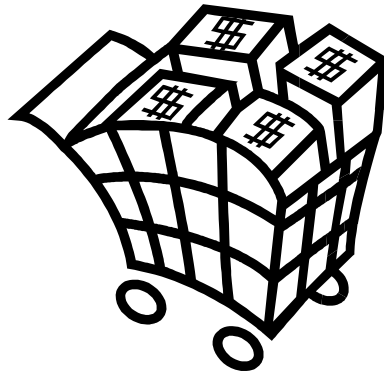
Das geltende Steuerrecht eröffnet für Selbständige und Unternehmer eine ganze Reihe von Steuerschlupflöchern (siehe dazu die ver.di Broschüre „Staatsfinanzen stärken“, S. 36 f.)

Deutschland liegt bei der Besteuerung von Eigentum deutlich unter dem OECD-Durchschnitt. Vermögen und Erbschaften werden im Vergleich zu anderen Industrieländern gering besteuert. Lediglich 0,9 % des Bruttoinlandsproduktes betragen diese Steuern. Mit der Wiedereinführung der Vermögenssteuer und der Verbesserung der Erbschaftssteuer würden wir gerade einmal dem internationalen Standard entsprechen und lägen immer noch weit unterhalb des Steuerertrages von 3,1 % (USA), 3,9% (Großbritannien) oder 3,2% (Frankreich).

5. Privater Reichtum – öffentliche Armut

Während sich das Geldvermögen der Privatleute in den letzten zehn Jahren um rd. 80 Prozent erhöht hat, stieg die **Verschuldung des Staates** in diesem Zeitraum um 150 Prozent (von 300 Mrd. Euro auf 775 Mrd. Euro). Im gleichen Zeitraum stieg der Schuldenstand der Länder um 100 Prozent von 170 Mrd. Euro auf 340 Mrd. Euro und der der Gemeinden um 55 Prozent von 65 Mrd. Euro auf 100 Mrd. Euro.

- **Dem privaten Reichtum steht eine wachsende öffentliche Armut gegenüber!**



- **Die Besitzer der großen Geldvermögen profitieren von der Armut des Staates, da sich dieser von ihnen Geld leihen muss! Dabei gilt: Je mehr sich der Staat verschuldet, desto mehr Zinsen muss er zahlen!**

Im Jahr 2001 legten die Privatleute in Deutschland ca. 100 Mrd. Euro auf die „hohe Kante“! Viel sinnvoller wäre es, wenn der Staat einen Teil dieser hohen Ersparnisse über Steuern abschöpfen und damit den **Massenkonsum** stärken würde!

Je höher das Einkommen, desto weniger wird anteilig konsumiert, desto mehr wird „gespart“ – desto weniger fließt also in den Konsum.

- **Umfairteilung – also eine Verteilung von Oben nach Unten - hätte also auch unmittelbar positive konjunkturelle und damit beschäftigungspolitische Wirkungen.**

5.1. ver.di NRW für Umfairteilung!

Neoliberalismus spaltet die Gesellschaft

Deutschland ist auf einem gefährlichen Weg. Armut und wachsende soziale Ungerechtigkeit ziehen viele Probleme nach sich: von zerrütteten Familien, Kriminalität bis hin zu Ausländerfeindlichkeit.



Darüber wird in der Öffentlichkeit kaum diskutiert. Die öffentliche Diskussion wird von denen beherrscht, die am meisten haben. Sie predigen Verzicht für die ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen. Sie predigen Wasser und trinken Sekt. Ihnen geht es vor allem darum, die Privilegien der Privilegierten zu schützen und weiter auszubauen. Nicht die soziale Situation der Arbeitslosen ist das beherrschende Thema, sondern die angeblich unerträglichen Belastungen der so genannten Leistungsträger. Eine verrückte Welt!!!

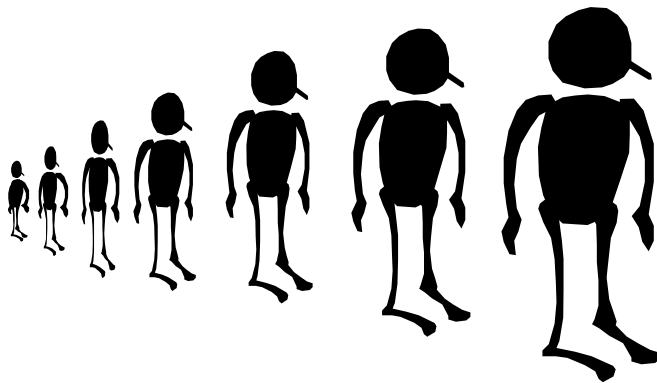
Was wir wollen

Die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung hat nichts damit zu tun, dass einige besonders fleißig sind und die anderen besonders faul. Die Ursachen sind in den bestehenden Verteilungsstrukturen und der herrschenden Politik zu sehen. Die **neoliberalen** Wirtschafts- und Steuerpolitik setzt bewusst auf Ungleichheit. Ihre Botschaft lautet: Je größer die materiellen Unterschiede, desto stärker die Leistungsanreize für den Einzelnen, desto größer die wirtschaftliche Dynamik, desto besser für alle.

Aber diese neoliberale Politik, die den Unternehmern Milliarden Steuerentlastungen bringt und den Schwächsten Opfer abverlangt, hat nicht für mehr Wachstum und Beschäftigung gesorgt. Vielmehr schwächt die Umverteilung von Unten nach Oben die öffentlichen Haushalte und bremst die Konjunktur. Für dringend notwendige Investitionen fehlt das Geld, die öffentliche Daseinsfür- / vorsorge ist in weiten Bereichen gefährdet. Der Neoliberalismus spaltet die Gesellschaft!

- Wir wollen, dass die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich gestoppt wird.
- Wir wollen, dass über die wahren Verteilungsverhältnisse debattiert wird.
- Wir wollen, dass das Interesse der Allgemeinheit einen höheren Stellenwert erhält als die Privilegien einer kleinen Schicht.
- Wir wollen, dass der gesellschaftliche Reichtum in Deutschland gerechter verteilt wird.
- Wir wollen, dass das Thema soziale Gerechtigkeit wieder in den Mittelpunkt gestellt wird.
- Wir wollen, dass die Lasten auf mehr Schultern verteilt werden.

Wir wollen, dass die Verantwortung für den Sozialstaat wieder die Angelegenheit von allen wird!



Die aktuelle Politik läuft ganz nach dem Schema: Die Kosten der wirtschaftlichen Krise sollen durch Kürzungen zu Lasten der ArbeitnehmerInnen und der Erwerbslosen ausgeglichen werden, die Unternehmen sollen weiter entlastet und die Umverteilung von unten nach oben noch mehr ausgebaut werden. Jegliche Kritik an dieser neoliberalen Politik wird verteufelt. Gewerkschaften sollen in die Ecke der Blockierer und „Ewiggestrigen“ gestellt werden.

„Und wenn dann der Herr Zwickel dem Herrn Clement und mir androht, dass dann ein eisiger Wind in diesem Lande weht, dann lassen wir den mal wehen, diesen eisigen Wind.“ CDU/CSU-Fraktionsvice F. Merz in der Talkshow Sabine Christiansen am 2. Februar 2003.

Neoliberale Politik

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik orientieren sich immer mehr an der Lehre des so genannten Neoliberalismus (auch angebotsorientierte Politik genannt). Deren wichtigsten Botschaften lauten:

- mehr Markt - weniger Staat
- Ungleichheit fördert Wachstum und Beschäftigung
- je günstiger die Verwertungsbedingungen des Kapitals, desto besser für die Konjunktur
- der Marktmechanismus löst alle Probleme. Über kurz oder lang stellt sich dann ein „markträumendes Gleichgewicht“ ein.

Ungleiche Verteilung bringt demnach Vorteile für alle. Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung und Globalisierung sind die Schlagworte und Hoffnungsträger dieser wirtschaftspolitischen Philosophie. Nach dieser „Lehre“ ist Arbeitslosigkeit allein das Problem eines zu hohen Preises der Arbeit. Da der Markt alles regelt, löst sich das Problem Arbeitslosigkeit über eine Senkung der Reallöhne...

Praktisch bedeutet neoliberale Politik Sicherung der Gewinne durch Absenkung der Reallöhne, also eine permanente Umverteilung von unten nach oben. Die Erfolglosigkeit dieser Politik hat offenbar nicht ihre Faszination gemindert. Festzustellen ist leider, dass auch die rot-grüne Bundesregierung immer mehr nach dem neoliberalen Muster verfährt.

Verteilungspolitik ist ein wichtiges Thema und Politikfeld für die Gewerkschaften. Wir sehen dabei vorrangig die folgende Schwerpunkte:

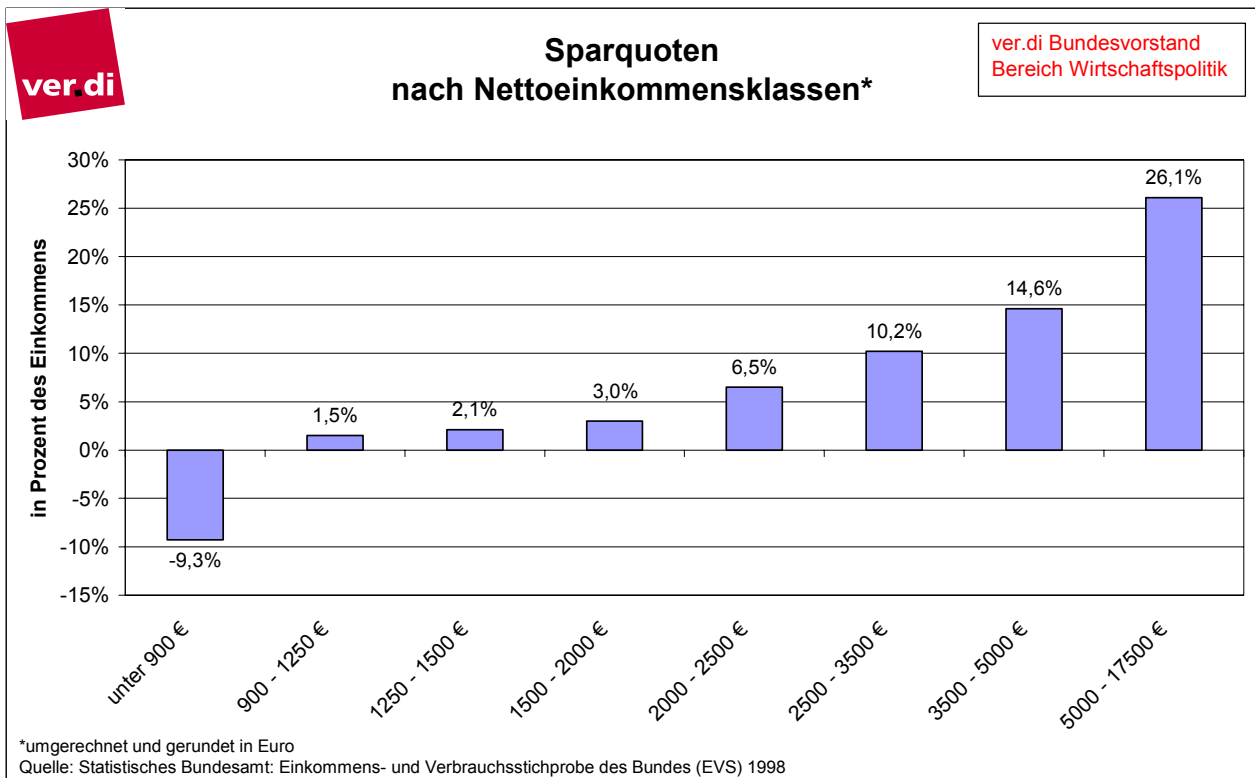


Aktive Tarifpolitik

Tarifpolitik ist immer Verteilungspolitik. Gleichzeitig hat Tarifpolitik erhebliche Auswirkungen auf Konjunktur und die Beschäftigung. Die Steigerung der Realeinkommen ist notwendig um der einseitigen Einkommensverteilung entgegen zu wirken und die Binnennachfrage zu stärken. Der ver.di Gewerkschaftsrat hat im Dezember 2001 beschlossen: „Wir halten es (...) für richtig, gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs und einer chronischen Schwäche der Binnennachfrage, deutliche Reallohnsteigerungen auch über Produktivitätszuwachs und Inflationsrate hinaus als wichtige Stabilisatoren der ökonomischen Entwicklung durchzusetzen und für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu kämpfen.“

Aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik

Eine Umverteilung von oben nach unten ist wirtschaftspolitisch sinnvoll und notwendig. Durch eine solche *Umfairteilung* kann die Nachfrage nachhaltig gestärkt werden, da die Sparquoten der verschiedenen Haushalte bekanntlich sehr stark variieren. *Umfairteilung* ist also ein Mittel zur Stärkung der Nachfrage. Dies wäre ein wirksamer Beitrag zur Stärkung und Wiederbelebung der Binnennachfrage. Wir brauchen darüber hinaus ein Sofortprogramm um Konjunktur und Beschäftigung anzukurbeln.



Zukunftsinvestitionen

Es gibt einen riesigen **Investitionsrückstau**: Der Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt sank von über 4 Prozent in den 70er Jahren auf 1,7 Prozent. Im internationalen Vergleich befindet sich Deutschland damit auf einem der hintersten Plätze. Selbst in dem so genannten Musterland der Marktwirtschaft, den USA, ist der Anteil mit 3,4 Prozent doppelt so hoch.

Der unmittelbare Bedarf ab Ausgaben für Kinderbetreuung, Schulen und Lehrpersonal, kulturelle Angebote und viele andere öffentliche Aufgaben ist unübersehbar.

ver.di fordert ein Sofortprogramm im Umfang von 20 Mrd. Euro für öffentliche Investitionen um die immer mehr wegbrechende Binnennachfrage zu stützen. Insbesondere die Stärkung der Kommunen muss dabei im Vordergrund stehen. Hier könnten regionale, mittelständische Unternehmen durch neue Aufträge für mehr Beschäftigung sorgen. Dieses Sofortprogramm soll durch zusätzliche, kurzfristige Kredite finanziert werden. Diese Zukunftsinvestitionen sollen aus dem Defizitkriterium herausgenommen werden. Mittelfristig kann die Gegenfinanzierung u.a. durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer sichergestellt werden.

- **Wir brauchen einen Kurswechsel der Finanzpolitik. Nicht nur zur Sicherung des Sozialstaates und zur Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch für mehr Wachstum und Beschäftigung.**

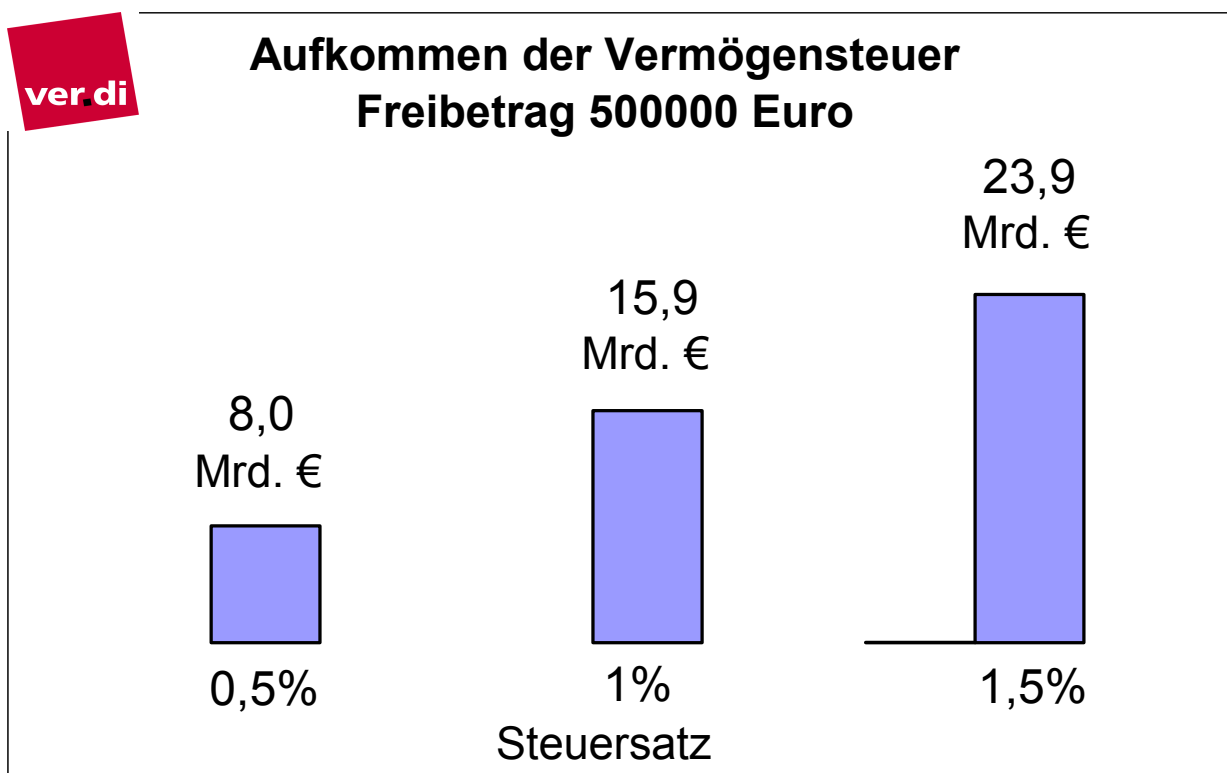
Steuerpolitik

Unternehmen müssen wieder angemessen an den staatlichen Aufgaben beteiligt werden. Dazu muss die Unternehmensbesteuerung reformiert werden. Eine konsequente Gemeindefinanzreform muss sicherstellen, dass alle Unternehmen, die in einer Gemeinde Geld verdienen, diese Gemeinde mit finanzieren – und damit die Infrastruktur sichern, von der alle profitieren.

ver.di NRW fordert die Wiedereinführung der **Vermögenssteuer** und eine höhere Besteuerung großer Erbschaften. Wir sind für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit einem Freibetrag von 500.000 Euro für eine vierköpfige Familie. Wenn Vermögen ab diesem Schwellenwert mit einem Prozent besteuert werden, könnte dies zu Mehreinnahmen von 16 Mrd. Euro führen. **Für NRW hieße das Mehreinnahmen von 3,5 Mrd. Euro.**

Wir sind für eine höhere Besteuerung großer Erbschaften, indem hier eine aktuelle und realistische Immobilienbewertung vorgenommen wird. Die steuerfreie Vererbung von Einfamilienhäusern ist dabei sicher zu stellen. Bei der **Erbschaftssteuer** würde die korrekte Bewertung der Immobilienvermögen und der Abbau der übermäßigen Begünstigung von Betriebsvermögen bei einem Freibetrag von 250.000 Euro fast 3,6 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen erbringen.

Die Vermögen- und die Erbschaftsteuer belasten nicht die große Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger. Von der Steuerpflicht wären die Reichen und Superreichen betroffen. Sie können diese Steuern allerdings aus den Erträgen oder aus dem ererbten Vermögen bezahlen, ohne an anderer Stelle sparen zu müssen.



Noch mehr Steuern?

Gerade diejenigen, die am wenigsten Steuern zahlen jammern am lautesten und behaupten immer wieder, Deutschland sei ein Hochsteuerland. Die Wahrheit ist: Die Steuerquote in Deutschland, die das Verhältnis Bruttoinlandsprodukt und Steuereinnahmen umfasst, ist mit 21,7 Prozent im Jahr 2001 die niedrigste in Europa. Das ergab eine Studie der OECD.

Diese Steuerquote ist seit 1995 von 23,3 auf 21,7 Prozent zurückgegangen. In einer Pressemitteilung des BMF vom 28.01.2003 wird mitgeteilt, dass die Steuerquote in 2002 weiter auf knapp 20,9 Prozent gesunken ist. Die Ursachen dafür liegen vor allem in den Steuerentlastungen für Unternehmen (s.o.).

Unter Einbeziehung der Abgaben für Renten-, Arbeitslosen- und Gesundheitsversicherung liegt Deutschland mit 36,4 Prozent im europäischen Mittelfeld, deutlich unter den Quoten von Frankreich oder Großbritannien.

Wir fordern

- Wiedereinführung der reformierten Vermögensteuer und eine höhere Besteuerung großer Erbschaften
- Konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität
- Europaweit harmonisierte Besteuerung von Zinseinkünften und Spekulationsgewinnen, sowie eine Börsenumsatzsteuer
- Eine Gemeindesteuerreform und eine Reform der Unternehmensbesteuerung
- Keine weitere Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer unter die ab 2004 geltenden 47 Prozent.
- Steuerschlupflöcher stopfen/ Schwarzarbeit bekämpfen.

Die schwache Konjunktur und die strukturellen Probleme in weiten Bereichen des Landes belasten den Arbeitsmarkt nachhaltig. Wir brauchen deshalb dringend beschäftigungspolitische Impulse durch öffentliche Investitionsprogramme. Die neoliberale „Zauberformel“ Deregulierung – Privatisierung – Markt hat nicht zu mehr Beschäftigung und sozialer Gerechtigkeit geführt.

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, konsequent einen Weg für mehr Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen zu gehen. Das erfordert Mut für eine andere Politik zur Sanierung der öffentlichen Haushalte. Die zunehmende öffentliche Armut bei gleichzeitigen Wachstum des privaten Reichtums sind schlecht für Konsum, Konjunktur und Beschäftigung. Zur Finanzierung der dringend notwendigen öffentlichen Investitionen muss deshalb die Einnahmenseite gestärkt werden. Wir fordern, dass die Umverteilung von unten nach oben gestoppt wird: Die starken Schultern müssen mehr gesellschaftliche Lasten übernehmen und angemessen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt werden.

ver.di NRW für

Umfairteilung, mehr soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung.

Lesetipps



Folgende Literatur wurde verwendet:

- Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 14/ 5990, 08.05.2001 (450 Seiten).
- IG-Metall, fairteilen, Initiative für soziale Gerechtigkeit, Frankfurt 2001.
- Gutachten: Perspektiven der Vermögensbesteuerung in Deutschland, erstellt durch das DIW, im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Berlin 2002.
- WSI-Mitteilungen 11/ 2002.

Ausführliche Informationen zu diesem Thema hat die Abt. Wirtschaftspolitik des ver.di Bundesverbandes herausgegeben. :

- Foliensatz: Staatsfinanzen stärken! (11/ 2002)
- Abgeltungsteuer – kein Ersatz für die Vermögensteuer (12/ 2002).
- Foliensatz: Vermögen- und Erbschaftsteuer (11/ 2002)
- Steuerausfälle ohne Ende (01/ 03)
- Steuervampire? Auseinandersetzungen um die Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung (12/ 2002)
- Positionspapier Wirtschafts- und Finanzpolitik (02/ 2003)
- Wirtschaftspolitische Informationen: Tarifrunde 2003 (02/ 2003)
- Broschüre: Millionen zahlen Steuern. Millionäre sollen es auch: Vermögensteuer, 11/2002
- Broschüre: Staatsfinanzen stärken, Berlin 2002

Siehe dazu im Einzelnen: www.verdi.de/Wirtschaftspolitik

Die Abteilung Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landesbezirks NRW hat dazu bisher vorgelegt:

- Foliensatz: Armut & Reichtum in Deutschland

Siehe dazu : www.verdi-nrw.de